

SR 7.7.2011

Zur Motion Henri Beuchat (CVP), städtische Pensionskasse, Primatwechsel (mit 41 zu 29 abgelehnt)

Robert Meyer (SD) für die SVPplusFraktion: Im Namen der Fraktion SVPplus, aber auch aufgrund meiner persönlichen Erfahrungen, bitte ich Sie, die Motion anzunehmen. Wir reden über das vermutlich beträchtlichste finanzielle Risiko der Stadt Bern. Ich möchte daran erinnern, dass es eine Leistungsgarantie der Stadt gibt. Wir müssen uns gut überlegen, was wir hier machen. Ich muss mit ein paar Vorurteilen aufräumen. Es stimmt nicht, dass bei einem Leistungsprimat bessere Leistungen geboten werden als in einem Beitragsprimat. Man kann genau gleich hohe Leistungen versichern. In beiden Primaten kann das Gleiche angeboten werden. In beiden Primaten kann man ausfinanzieren oder nicht. Der grosse Unterschied ist, dass im Beitragsprimat eine geringere Gefahr besteht, dass man aus politischen Gründen an versicherungstechnischen Parametern herumschraubt. Diese Parameter, die aufgrund demographischer Werte festgelegt werden sollten, werden aus politischen Gründen festgelegt, weil man grosszügig sein will. Das Beitragsprimat bietet eine wesentlich höhere Sicherheit für die Zukunft. Die Problematik des technischen Zinssatzes besteht darin, dass wir im Beitragsprimat mit langfristigen Ertragsannahmen rechnen, die sich als falsch herausstellen können. Dann geht der Zinssatz von 4% auf 3,75% hinunter. Das ist vermutlich immer noch zu hoch. Wir leben nicht in normalen Zeiten. Wir haben eine Finanzkrise hinter uns, die vielleicht noch weiter geht. Wir leben in einer lang anhaltenden Tiefzinsphase. Wenn man den technischen Zinssatz senkt, kann das zu grossen Problemen führen.

Die grossen Kosten sind unausweichlich, ob jetzt oder in 20 Jahren spielt keine Rolle. Ich arbeite in der Buchhaltung einer grösseren Pensionskasse und habe die Erfahrung gemacht, dass viele Gemeinden und öffentlichrechtlichen Institutionen bis vor ein paar Jahren beide Primat anboten. Vor zwei/drei Jahren haben wir das Leistungsprimat aufgehoben. Es gab gewisse Widerstände. Es war aber eine Notwendigkeit, weil die Planbarkeit und Sicherheit in Zukunft besser ist. Die Pensionskassen haben genug Probleme mit der Finanzkrise und den tiefen Zinsen, sie brauchen nicht noch versicherungstechnische Probleme. Die Begründung, der Primatwechsel sei zu teuer, kommt

mir eigenartig vor. Wenn alles ausfinanziert wäre, würde ein solcher Wechsel theoretisch nichts kosten. Die Kosten werden in 20 oder 30 Jahren sowieso auf uns zukommen. Es wäre gescheiter, wenn wir heute diesen mutigen Schritt wagen würden. Ich möchte daran erinnern, dass private Anbieter wie Versicherungsgesellschaften die berufliche Vorsorge im Beitragsprimat anbieten. Die lassen aus verständlichen Gründen die Finger vom Leistungsprimat, weil es in der Planbarkeit zu unsicher und zu schwierig ist. Wir müssten den Schritt zum Primatwechsel, nebst den vorgesehenen Revisionspunkten, die teilweise gut sind und in die richtige Richtung gehen, wagen. Es geht darum, dass man grossen finanziellen Risiken vorbeugt, die eines Tages auf die Stadt zukommen könnten. Es ist schlauer, jetzt zum sichereren und planbareren System zu wechseln, damit wir in 20 oder 30 Jahren nicht wieder vor den gleichen finanziellen Problemen stehen.

Zu Motionen Christoph Zimmerli (FDP) und Beat Gubser (EDU), moderate Steuersenkung jetzt

In der unverbindlichen Form des Postulat mit 41 : 31 bzw. 39 : 31 gutgeheissen

Robert Meyer (SD) für die Fraktion SVPplus: Wir unterstützen die beiden Vorstösse. Weil die wichtigen Inhalte von den Motionären bereits erklärt worden sind, fasse ich mich kurz. Der springende Punkt ist doch, dass es weniger um finanzielle Dinge geht als um die Frage, welche Art von Bevölkerung wir in der Stadt Bern anziehen und behalten wollen. Der Umstand, dass 47 Prozent der Neuzuziehenden keine Steuern bezahlt, spricht Bände. In einer Hochsteuerinsel wie Bern verändert sich die Bevölkerungszusammensetzung, das bedeutet, dass arbeitsame Schichten mit hohem Einkommen, also die Leistungsträger, aus der Stadt wegziehen. Dies führt zu einer nicht

gesunden Durchmischung der Stadtbevölkerung. Zur Frage, ob wir uns eine Steuersenkung leisten können. – Ich halte den Ansatz für falsch, wenn man aufgrund der Ausgaben auf eine Steuersenkung zugunsten der Eigenkapitalbildung verzichtet. Man müsste vielmehr über Steuergerechtigkeit nachdenken. Im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden oder der Stadt Zürich befinden wir uns in der Stadt Bern in einem Bereich mit hohen Steuern, dadurch werden die Leute vertrieben. Der richtige Ansatz liegt darin, Steuern in angemessenem Rahmen zu erheben. Dieser Rahmen wird in der Stadt Bern gesprengt, also muss man zuerst die Steuern anpassen und kann dann die Aufgaben der Stadt den vorhandenen Mitteln entsprechend ausgestalten. Ich erinnere an die vielen Projekte, die die Stadt unterhält, angefangen beim Integrationsbüro bis zum Gleichstellungsbüro. Diese Leistungen werden freiwillig erbracht und können ebenso gut wegfallen, weil sie nicht zu den Kernaufgaben der Stadt gehören. Kurz zusammengefasst: Nein zur Steuerhölle Stadt Bern! Ich unterstütze eine nachhaltige Finanzpolitik, aber statt zu jammern, man könne sich diese nicht leisten, kann man durchaus ein Zeichen setzen, denn auf der Ausgabenseite kann man das Geld problemlos wieder einsparen.